

1. Wofür setzen wir uns ein?

netzwerkB ist eine Vereinigung, die sich für die Rechte und Belange von Betroffenen von sexualisierter Gewalt einsetzt. Dazu zählen auch die Bereiche des jahrelangen systematischen Missbrauchs, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, durch Angehörige der Familie oder von Institutionen. Die Initiative ist aus den Reihen der Opfer und ihrer Angehörigen entstanden. netzwerkB informiert über die Ursachen und gravierenden Auswirkungen von sexualisierter Gewalt und den Hilfebedarf für die Opfer und macht sich für konkrete Änderungen stark. Wir setzen uns für mehr intensivere Hilfen für die Opfer sexualisierter Gewalt, für die gesellschaftliche Aufklärung und die Verhinderung sexualisierter Gewalt ein. Dazu koordinieren wir uns mit anderen Opfergruppen im Land und internationalen Opferorganisationen. Insbesondere stellt das Forum netzwerkb.org für Betroffene eine Plattform dar, sich zu informieren. Die Möglichkeit aktuelle Meldungen zu lesen und mit anderen besprechen zu können, wird rege genutzt. Wir wollen den Opfern ein Gehör in der Gesellschaft verschaffen.

2. Vereinsleitung

Vom 09.04.2011 bis 14.04.2012:

Gesetzlicher Vorstand:

Norbert Deneff

Erweiterter Vorstand:

Dr. Marcella Becker, Susanne Schröder

Aktuell ist die Satzung vom 10.04.2010 mit den Änderungen vom 07.08.2010.

3. Kassenlage

Vermögen zum 14.04.2012 = 5.267 Euro

Kontostand Stiftung = 1.240 Euro

4. Runder Tisch in Berlin

Der "Runde Tisch Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich" traf sich am 30.11.2011 zur letzten Sitzung. netzwerkB kritisierte demonstrativ und konnte über die Medien deutlich machen, dass die Bundesregierung uns Betroffene verraten hat. Die ARD Tagesschau berichtet darüber am 30.11.2011 wie folgt:

Für Norbert Deneff ist es ein harter Kampf. Seit Jahren setzt er sich für die Rechte derer ein, die sexuell missbraucht worden. Der Tisch hat aus seiner Sicht versagt, weil die Taten immer noch verjähren können. Jetzt will er die Bundesregierung verklagen.

Norbert Deneff:

“Der Hintergrund ist, dass die Bundesregierung uns Betroffene aus unserer Sicht verraten hat,

weil sie sich nicht für die Rechte der Betroffenen einsetzt. Weil sie sich nicht dafür einsetzt, dass die Verjährungsfristen aufgehoben werden.“

5. **Verjährungsfristen**

Die Bundesregierung plant die Verlängerung einiger Fristen. netzwerkB bleibt bei seinen Forderungen nach völliger Aufhebung der Verjährungsfristen und hat dazu einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht.

Nach der Rede von Norbert Denef auf dem Bundesparteitag der SPD, am 6. Dezember 2011 in Berlin, haben alle Delegierten der Forderung von netzwerkB, die Verjährungsfristen aufzuheben, einstimmig zugestimmt. „Damit das im Endeffekt auch erfolgreich ist“, führt netzwerkB Gespräche mit den Abgeordneten des Rechtsausschusses der Bundestagsfraktion der SPD. Bundestagsabgeordnete wie Christoph Strässer und Wolfgang Gunkel, stimmen der Initiative von netzwerkB zu, die Verjährungsfristen ganz wegfallen zu lassen. Dennoch hat die Bundestagsfraktion der SPD Angst, den eindeutigen Beschluss der Delegierten, die Verjährungsfristen bei sexualisierter Gewalt aufzuheben, auch umzusetzen. Angeblich gäbe es dafür keine Mehrheit im Deutschen Bundestag, denn der Täterschutz sei dort noch zu stark.

6. **Aktivitäten**

- 1.642 Leserbriefe von Betroffenen per e-Mail an netzwerkB (Vorjahr 1.632)
- 2.920 Telefonanrufe von Betroffenen entgegen genommen (Vorjahr 2.555)
- 1.519 Anfragen von Mitgliedern bearbeitet (Vorjahr 1.031)
- 3.953 Kommentare für netzwerkB.org redaktionell bearbeitet (Vorjahr 3.686)

7. **Öffentlichkeit**

netzwerkB arbeitete mit der Presse zusammen:

- 42 Pressemitteilungen hat netzwerkB herausgegeben (Vorjahr 36)
- 15 Radiointerviews (Vorjahr 4)
- 17 Fernsehsendungen (Vorjahr 23)
- 103 Artikel gedruckt und/oder im Internet (Vorjahr 51)

8. **netzwerkB.org Analytics**

Unsere Informationen im Internet wurden gut besucht. Sämtliche Kommentare wurden durch netzwerkB vor der Freischaltung geprüft.

- 161.665 Besucher von 115 Ländern (Vorjahr 150.393 Besucher von 126 Ländern)
- 439 Besuche/Tag (Vorjahr 413)

9. **Ausblick**

netzwerkB fand besonders Resonanz bei der SPD, durch die Rede von Norbert Denef, am 6. Dezember 2011, auf dem Bundesparteitag der SPD. So konnten wir Verbündete für unsere Arbeit gewinnen, im Besonderen für die Aufhebung der Verjährungsfristen, u.a. bei: Elke Ferner, Ulli Nissen, Hannelore Kraft, Manuela Schwesig, Heiko Maas, Dr. Ralf Stegner, Wolfgang Gunkel, Gerold Reichenbach und Christoph Strässer.

Die Bayerische Staatsministerin der Justiz, Dr. Beate Merk von der CSU, teile uns Anfang April schriftlich mit, dass sie auch für eine völlige Aufhebung der Verjährungsfristen sei. Prof. Dr. Christian Pfeiffer, Leiter Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.,

unterstützt uns ebenfalls bei der Aufhebung der Verjährungsfristen, so wie der Verein Dunkelziffer e.V.

Philipp Schmagold von den GRÜNEN hat Norbert Denef als Redner für den nächsten Landesparteitag in Schleswig-Holsten, am 8. Juni 2012, eingeladen, um dort eine ähnlich Rede zu halten wie auf dem Bundesparteitag der SPD. Mit dem Ziel, auch dort die Delegierten von der Notwendigkeit der Aufhebung der Verjährungsfristen zu überzeugen. Zuvor, am 1. Juni 2012, ist eine Rede in Kiel bei der GRÜNEN- LAG-Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaften Frauenpolitik und Demokratie & Recht vorgesehen. Diese beiden Reden sollen die Vorstufe dafür sein, am 16. November 2012, bei der Bundesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN in Hannover, alle Delegierten der GRÜNEN von der Aufhebung der Verjährungsfristen zu überzeugen. Eine Einladung, auf dieser Konferenz der GRÜNEN zu reden, hat Norbert Denef Herrn Philipp Schmagold bereits zugesagt.

Wir bedanken uns bei allen, die den Verein unterstützt haben.

Mit herzlichen Grüßen

Dr. Marcella Becker, Norbert Denef, Susanne Schröder